



Tagung des Exekutivkomitees des »Ökumenischen Rates der Kirchen« in Dresden

1. September 1981

Information Nr. 447/81 über die Tagung des Exekutivkomitees des »ökumenischen Rates der Kirchen« (ÖRK) vom 14. bis 16. August 1981 und des Zentralausschusses des ÖRK vom 17. bis 26. August 1981 in Dresden

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3156, Bl. 1–22.

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Verner, Bellmann, Gysi, KGB Berlin-Karlshorst (»AG«), »Gen. Kienberg für befreundete Organe (VRB, ČSSR, Kuba, Polen, UVR – ohne Anschreiben, 7.9.)« – MfS: Mittig, HA XX, ZAIG/1, BV Dresden – ohne Anschreiben, 7.9.), Ablage.

Anlage

»Erste Reaktionen in kirchlichen Kreisen auf das Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Honecker, am 28.8.1981 mit leitenden Vertretern des ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und Bischöfen der Evangelischen Kirchen in der DDR«.

[Faksimile des Deckblatts]

Dem MfS liegen einige Erkenntnisse über den Verlauf der oben genannten Tagungen vor, die im Folgenden im Wesentlichen wiedergegeben werden.

In der Zeit vom 14. bis 16.8.1981 tagte in der Diakonissenanstalt in Dresden¹ unter Ausschluss der Öffentlichkeit das Exekutivkomitee des ÖRK.² Es befasste sich mit der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Zentralausschusstagung. Die Tagung stand unter der Leitung des Generalsekretärs des ÖRK *Potter*³ (Großbritannien). An ihr nahmen insgesamt 30 kirchliche Amtsträger aus verschiedenen Staaten, darunter fünf Vertreter aus Kirchen sozialistischer Länder, teil. Als Vertreter der DDR-Kirchen war Bischof Dr. *Hempel*⁴ (Dresden) anwesend. Im Mittelpunkt der Beratungen des Exekutivkomitees des ÖRK stand die Berichterstattung des Generalsekretärs *Potter* zur Tätigkeit des ÖRK einschließlich einer Globaleinschätzung der internationalen Lage. Das Exekutivkomitee beriet darüber hinaus über vorliegende Berichte zur Lage in Namibia, im Nahen und Mittleren, Osten, in Südostasien, zur Friedensbewegung in der Welt sowie zu Finanz- und Personalfragen des ÖRK. Der Bericht des Generalsekretärs sowie die anderen Materialien enthielten keine Angriffe gegen die DDR und andere sozialistische Staaten.

Im Anschluss an die Beratungen des Exekutivkomitees des ÖRK tagte in der Zeit vom 17. bis 26.8.1981 in der Christuskirche in Dresden der Zentralausschuss des ÖRK. Daran nahmen 24 Personen als Vertreter von mehr als 300 Mitgliedskirchen des ÖRK aus über 100 Ländern teil.⁵ Unter den Teilnehmern der Tagung befanden sich 172 Personen aus der DDR und anderen sozialistischen Ländern, 24 offizielle Gäste aus der DDR und anderen Staaten, darunter Beobachter anderer internationaler kirchlicher Organisationen, des Vatikans sowie zwischenstaatlicher Organisationen (UNO usw.).

Insgesamt wurden 118 Journalisten akkreditiert, darunter 74 aus kapitalistischen Staaten, ein aus einem Entwicklungsland. (Nairobi) und sieben aus sozialistischen Staaten.

Seitens der DDR berichteten 38 Journalisten über die Tagung des Zentralausschusses der ÖRK.

Die Arbeit des Zentralausschusses des ÖRK erfolgte in Form von Plenarveranstaltungen und geschlossenen Sitzungen in der Christuskirche in Dresden sowie Beratungen in drei Hauptkommissionen

I – »Glauben und Zeugnis«

II – »Gerechtigkeit und Dienst«

III – »Bildung und Erneuerung«.

Die Tätigkeit der einzelnen Hauptkommissionen (Programmeinheiten) war untergliedert in Beratungen der Untereinheiten (Arbeitsausschüsse)

»Glauben und Kirchenverfassung«

»Kirche und Gesellschaft«

»Dialog mit Menschen verschiedener Religionen und Ideologien«
»Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst«
»Kirchlicher Entwicklungsdienst«
»Internationale Angelegenheiten«
»Christliche Gesundheitskommission«
»Bekämpfung des Rassismus«
»Theologische Ausbildung«
»Erneuerung und Gemeindeleben«
sowie der Kommissionen des ÖRK für
»Jugendarbeit«
»Frauenarbeit«
»Kommunikation«
»Finanzen«
»Generalsekretariat« u. a.

Während der Tagung des Zentralausschusses des ÖRK und Beratungen der Ausschüsse und Kommissionen fanden zusätzlich kirchliche Randveranstaltungen in verschiedenen kirchlichen und staatlichen Objekten in Form von Diskussionsabenden zu kirchlichen Problemen und internationalen politischen Fragen statt. So u. a.

»Ökumenisches Café« im Gemeindehaus der Reformierten Gemeinde in Dresden, Am Brühlschen Garten 4;

»Ökumenisches Jugendzentrum« im Gemeindehaus der Trinitatiskirche in Dresden sowie ein »Dialog-Center« in der »Evangelisch-methodistischen Kirche« in Dresden.

Auf der Tagung des Zentralausschusses wurden durch den Vorsitzenden des Zentralausschusses des ÖRK, *Scott*,⁶ und den Generalsekretär des ÖRK, *Potter*, Referate zur Arbeit des ÖRK im Zeitraum von August 1980 bis August 1981 gehalten.

In seinem Bericht ging *Scott* auf die mannigfaltigen Aktivitäten der einzelnen Bereiche des ÖRK seit der letzten Zentralausschusstagung in Genf ein.

Ein wesentlicher Teil des Berichtes beinhaltete Fragen der Planung der 6. Vollversammlung des ÖRK 1983 in Vancouver, Kanada. Des Weiteren ging *Scott* auf Erklärungen und Dokumente des ÖRK zu internationalen Fragen ein (Lage in El Salvador)⁷ und wies darauf hin, dass diese Erklärungen stärker als bisher popularisiert werden müssen.

Potter führte in seinem Bericht u. a. aus:

»Es ist für uns alle, die wir aus verschiedenen Teilen der Welt kommen, eine große Freude, hier als Vertreter des Volkes Gottes zusammenzukommen und ein gemeinsames Glaubensbekenntnis zu unserem Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland abzulegen, das alle ideologischen, politischen, wirtschaftlichen, rassistischen und gesellschaftlichen Schranken überwindet und herausfordert. Wir möchten den Kirchen der DDR herzlich dafür danken, dass sie so viel getan haben, um diese Tagung so angenehm wie möglich zu gestalten und uns insbesondere eine Begegnung mit unseren Schwestern und Brüdern in den örtlichen Gemeinden zu ermöglichen. Mit unserem Kommen möchten wir auch unsere Dankbarkeit für die aktive Teilnahme der Kirchen in der DDR am Leben und an der Arbeit des ÖRK seit seiner Gründung 1948 bezeugen. Ferner geht unser Dank an die Regierungsbehörden, die uns bei der Vorbereitung dieser Tagung viele hilfreiche Dienste geleistet haben.«

Potter ging des Weiteren in seinem Bericht auf die Geschichte der Stadt Dresden ein und erwähnte, dass im Jahre 1945 mehr als 100 000 Menschen aus der Zivilbevölkerung in den Flammen umkamen und die Stadt Dresden dem Erdboden gleichgemacht worden ist.⁸ Es gehe darum, dass die Menschen »über die wirklichen Ursachen des Krieges« aufgeklärt werden und alles getan werden müsse, um einen Krieg zu verhindern. *Potter* hob hervor, dass die Kirchen sich im Kampf für Frieden, Abrüstung gegen Militarismus, Faschismus und Neokolonialismus politisch engagieren müssen.

Beide Berichte erhielten die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer der Zentralausschusstagung,

Auf einer Plenarveranstaltung am 20.8.1981, die unter dem Thema »Die Kirchen in der DDR« stattfand, stellte sich der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR⁹ den Teilnehmern der Tagung des Zentralausschusses des ÖRK vor.

An der Veranstaltung nahmen 75 ausländische Journalisten, davon elf aus der BRD, teil. Die Veranstaltung wurde in Form eines Kabarett-Vortrages unter der Regie der »Leipziger Spielgemeinde«¹⁰ vorgenommen. Inhaltlich bezog sich die Veranstaltung auf »das Leben in einer Familie«, »Chronologische Darstellung des 20. Jahrhunderts« sowie »Die Diakonissenhäuser«, des Weiteren auf Martin Luther, und das Luther-Jahr.

Inhaltlicher Schwerpunkt des Kabarets waren Probleme der Christenlehre, der Diakonie und eine Darstellung des Geschichtsbildes der Kirchen vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Es wurde Bezug genommen auf die Situation zwischen den beiden deutschen Staaten und die Rolle der Kirchen vor und nach 1961. Des Weiteren wurde die Stellung der Kirche in der Ökumene erörtert. Bezüglich kirchlicher Auslandsreisen erfolgte eine Darstellung mit Bemerkungen, dass man mit dem ungeöffneten Reisekoffer alle Länder passieren könne und der »deutsche Groschen im ganzen Reich gilt«. Es wurde angeführt, mit der Errichtung der »Mauer« seien die »Auswanderungen« aus der DDR in die BRD gestoppt worden; gleichzeitig sei ein Einschnitt in die organisatorische Einheit der Kirche erfolgt. Reisen seien zunächst unmöglich gewesen, da viele Staaten die DDR nicht anerkennen wollten. 1969 sei der Zusammenschluss der acht Landeskirchen zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR erfolgt. Jetzt könnten Neubauten von Kirchen auch in Neubaugebieten erfolgen.

Neben den Plenartagungen des Zentrallausschusses des ÖRK wurden in mehreren Ausschüssen Dokumente der Programmeinheiten I (»Glaube und Zeugnis«), II (»Gerechtigkeit und Dienst«), III (»Bildung und Erneuerung«) in den Kommissionen vorbereitet, beraten und dem Plenum zur Beschlussfassung unterbreitet. Es handelt sich dabei um Dokumente zu 38 Schwerpunktproblemen der Tätigkeit des ÖRK.

Das wesentlichste Dokument, welches sich auch mit politischen Fragen befasst, ist das Dokument Nr. 2.2.1. Es beinhaltet:

»Die Kirchen und die Weltflüchtlingskrise«

»Erklärung über Namibia«

»Zunehmende Bedrohung des Friedens und die Aufgaben der Kirchen«.

In der Erklärung »Die Kirchen und die Weltflüchtlingskrise« wird u. a. festgestellt, dass »Millionen von Menschen ... unfreiwillig ... ihr Land verlassen. Sie sind Opfer von ungerechten ... Gesellschaftsstrukturen, von grundlegenden Menschenrechtsverletzungen und brutalen bewaffneten Konflikten ... Sie brauchen Gerechtigkeit, Frieden und die Anerkennung ihrer Menschenwürde. Flüchtlinge haben deshalb einen selbstverständlichen Anspruch auf die Hilfe der Kirchen.

Der Zentrallausschuss nimmt mit tiefer Besorgnis folgende beunruhigende Tendenzen ... zur Kenntnis:« (gekürzte Wiedergabe)

- Immer mehr Länder sind Verursacher von Flüchtlingsbewegungen oder selbst gezwungen, Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen.
- Die durch Flüchtlinge für einzelne Staaten entstehenden Lasten sollten international verteilt werden.
- Die meisten Länder schränken die Zulassung von Asylbewerbern immer stärker ein.
- Die Zahl der zurückgewiesenen Flüchtlinge steigt mit besorgniserregender Geschwindigkeit.
- Die Bewegung von Flüchtlingen lassen rassistische und ethnische Vorurteile, die durch das Problem der Arbeitslosigkeit verschärft werden, hervortreten.
- Hilfsmaßnahmen bei neu auftretenden Flüchtlingsnotständen erfolgen oft auf Kosten ungelöster Flüchtlingsprobleme.
- Die Ursachen entstehender Flüchtlingsprobleme sind oft mit einem umstrittenen kolonialen Erbe, Fragen der nationalen Sicherheit nation: Machtprobleme, Bestrebungen nationaler Minderheiten bzw. Mehrheiten und mit dem Kampf um Selbstbestimmung verbunden.

Weiter heißt es in der Erklärung, die Mitgliedsstaaten des ÖRK sollten sich mit verstärkter Wachsamkeit und Tatkraft bemühen,

- Ursachen für Flüchtlingsprobleme zu untersuchen;
- reale Informationen zu erlangen, um eindeutige Stellungnahmen geben zu können;
- gemeinsam mit ihren Regierungen grundlegende Menschenrechte der Flüchtlinge, einschließlich des Rechts auf selbstständige Entscheidung über Verlassen, Aufenthalt oder Rückkehr in deren Land zu gewährleisten;
- sicherzustellen, dass Hilfsmaßnahmen wirklich zur Beseitigung der Ursachen der Flüchtlingsbewegung beitragen;
- in potenziellen Flüchtlingsländern Probleme vor Ort zu lösen, um sich anbahnende Massenauswanderungen einzudämmen;
- Flüchtlingshilfen so einzusetzen, dass gleichzeitig gesamtgesellschaftliche Probleme gelöst werden;
- Programme zu unterstützen, die vor allem benachteiligten Gruppen unter den Flüchtlingen (Behinderten, Frauen und Kindern) helfen.

In der »Erklärung über Namibia« informierte der Zentrallausschuss des ÖRK in einer Übersicht über bisherige Aktivitäten und Resolutionen der UNO sowie einiger Mitgliedsländer der UNO.

Dabei wurde u. a. wörtlich festgestellt, dass

- »die neue USA-Regierung ihre Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Apartheidregime, das es als Freund und Verbündeten betrachte verstärkt hat; Besuche hoher Regierungsbeamter der USA in Südafrika zugenommen haben, US-Ausbilder für die südafrikanische Küstenwache abgestellt werden, die Zusammenarbeit der Geheimdienste beider Länder ausgebaut wurde und direkte militärische Beziehungen wieder hergestellt wurden;
- trotz Urteil des Internationalen Gerichtshofes, der die Benutzung Namibias durch Südafrika für illegal erklärte, ¹¹ Besetzung und kriegerische Angriffe durch Südafrika andauern«.

Weiter wurde informiert über eine totale Militarisierung aller Lebensbereiche in Südafrika, die Anzahl und Intensivität südafrikanischer Angriffe auf die Nachbarländer (Angola, Mosambik), den Ausbau des südafrikanischen Atomwaffenpotenzials mit Unterstützung ausländischer Regierungen und privater Kreise.

In der Erklärung wird betont, durch Südafrika erfolge weiter die Verbreitung von Desinformationen über kirchliche Organisationen (insbesondere den ÖRK). Zahlreiche unschuldige Menschen in Namibia seien der Verfolgung und Folterung ausgesetzt.

Der Zentralausschuss empfahl den Mitgliedskirchen des ÖRK, angesichts dieser tragischen Situation ihre Bemühungen um eine gerechte und friedliche Regelung des Namibiaproblems verstärkt fortzusetzen.

Der Zentralausschuss sprach sich dafür aus, dass

- »die Resolution 435 des UNO-Sicherheitsrates¹² durch alle Regierungen als alleinige Grundlage zur Lösung des Namibiakonfliktes betrachtet und angenommen wird;
- die Völker, Kirchen und Regierungen des südlichen Afrikas weiterhin gegen Angriffe Südafrikas unterstützt werden;
- die Bildungsprogramme der SWAPO und ihre humanitäre Arbeit weitere Unterstützung finden sowie
- namibische Flüchtlinge mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten.«

Im Anschluss daran erfolgte eine Aufzählung bisheriger Resolutionen und Forderungen des ÖRK zum Namibiaproblem, deren Durchsetzung wiederholt und mit aller Dringlichkeit gefordert wird.

Im Dokument »Zunehmende Bedrohung des Friedens und die Aufgaben der Kirchen« stellt der Zentralausschuss des ÖRK mit Besorgnis fest, dass die größte Gefahr für die Menschheit heute ein atomarer Holocaust sei und sich die internationalen Beziehungen im Verlauf des letzten Jahres weiter verschlechtert sowie Gefahren, Spannungen und besorgniserregende Tendenzen erheblich zugenommen hätten.

In der Resolution wird hervorgehoben, dass

- »es gezielte Versuche gibt, die Durchführbarkeit eines Atomkrieges annehmbar zu machen sowie Tendenzen, die die Möglichkeit eines begrenzten Atomkrieges in Erwägung ziehen, bei dem es einen Sieger geben kann;
- in verschiedenen Ländern neue, teuflische Waffen entwickelt und hergestellt werden, unter denen die Neutronenwaffe das jüngste und anschaulichste Beispiel ist;
- die Neutronenwaffe eine ungeheure Bedrohung darstellt, die den Einsatz von Atomwaffen, auch gegen Länder der 3. Welt, wahrscheinlich werden lässt;
- die Eskalation des Wettrüstens jegliche Abrüstungsverhandlungen erschwert.«

Mit Nachdruck wird gefordert, »die Produktion dieser Waffe zu stoppen« und an alle Länder das Ersuchen zu richten, »auf ihre Herstellung zu verzichten«.

Weiter wird eingeschätzt, dass

- »die Helsinki-Nachfolgekonzferenz ... in Madrid¹³ noch keinen positiven Abschluss fand und dies ... als Rückschlag für die Entspannung und weiteres Hindernis für die Abrüstung« betrachtet wird;
- »Spannungen in verschiedenen Gebieten (der Welt) anhalten ... die Verschärfung der Wirtschaftskrise ... zu weiteren Spannungen führt ... e Reduzierung der Entwicklungshilfe die skandalöse Steigerung der Rüstungsausgaben gegenübersteht.«

Im Ergebnis der Fakten und Festlegungen sowie im Bewusstsein der bestehenden Gefahren für die Menschheit richtete der Zentralausschuss des ÖRK folgenden »Appell« an alle politischen Verantwortlichen:

- »Die Führer der beiden militärischen Blocks sollten baldmöglichst zusammenkommen, um ernsthafte Abrüstungsverhandlungen für Atom auch konventionelle Waffen einzuleiten...
- Die friedenserhaltenden Mechanismen der Vereinten Nationen und regionalen Organisationen sollten ... zur Vertrauensbildung und friedlicher Beilegung von Konflikten verstärkt genutzt, bereits eingeleitete Abrüstungsverhandlungen neu belebt und intensiviert werden.
- ... die Atomkräfte sollten im UN-Sicherheitsrat eine gemeinsame Resolution einbringen, die Ländern, die sich für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen entschließen, die volle Respektierung dieser Zonen garantiert.
- Sachgemäße Vorbereitung der zweiten Sondersitzung der UN-Generalversammlung über Abrüstungsfragen (Mitte 1982) auf nationaler und internationaler Ebene ist von größter Bedeutung, um ihren Erfolg zu gewährleisten...
- Das Recht aller Menschen, ausbeuterische und ungerechte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Strukturen zu verändern, muss international unterstützt werden.«

Im Anschluss an diesen Appell bekräftigte der Zentralausschuss »die Verantwortung der Kirchen« im Eintreten »für die Erhaltung des Friedens, der Auseinandersetzung mit Fragen von Krieg und Frieden sowie der Notwendigkeit der Formulierung eines eindeutigen, grundsätzlichen und konsequenten Friedensengagements«.

Im abschließenden Teil dieses Dokuments werden die Kirchen aufgerufen,

»jeglicher militärischen Politik entgegenzutreten ...;

Feindbildern entgegenzuwirken, die die Menschenwürde in anderen Ländern verletzen ...;

neue Sicherheitskonzeptionen zu erarbeiten, die sich auf Gerechtigkeit und die Rechte der Völker stützen;

zu prüfen, inwieweit traditionelle theologische Standpunkte im Zusammenhang mit Krieg und Frieden infrage gestellt werden müssen; aufzuzeigen, dass die Ursachen des Krieges vor allem in wirtschaftlicher Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung bestehen ...«

Der Zentrallausschuss dankte allen Mitgliedskirchen für alle neuen Friedensbemühungen und Initiativen, darunter »Programme für die Erziehung zum Frieden, Friedens- und Abrüstungswochen«.

Bezug nehmend auf die theologische Arbeit wird aufgerufen, »sich beständig durch Predigt, Lehre und Handeln in der Friedensarbeit zu engagieren«. Dabei müsse (wie bereits im Beschluss der ZA-Tagung von Kingston festgelegt)¹⁴ auch darauf geachtet werden, dass »das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen« gewahrt werde. Ein Beispiel für Wege und Möglichkeiten der Kirchen, ihr Friedensbemühen in die Praxis umzusetzen, sei das geplante »internationale öffentliche Hearing des ÖRK über Atomwaffen und Abrüstung«. In den genannten Dokumenten sind keine politischen Angriffe gegen die sozialistischen Länder enthalten; Afghanistan und die VR Polen wurden nicht genannt.

Das Dokument »Zunehmende Bedrohung des Friedens und die Aufgaben der Kirchen« wurde ohne Gegenstimme bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Am 25.8.1981 wurde unter den Teilnehmern der Zentrallausschusstagung ein zwölfseitiges Schriftmaterial verteilt.

Es trägt die Überschrift: »Eine neue Ideologie Amerika? – Botschaft des Leitungsgremiums (Governing Board) des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA an die Kirchen, angenommen am 15.5.1981«. Es wird die »Erarbeitung einer Chronik«, bestehend aus Tausend von Artikeln und Leitartikeln über die von der Reagan-Regierung vorgeschlagenen dramatischen Änderungen in der nationalen Politik der USA, angekündigt. Darin werde deutlich, dass die Politik der Reagan-Regierung nicht nur eine »Akzentverschiebung« sondern eine »Bedrohung der Vision Amerikas als Modell der Verwirklichung einer gerechten und humanen Gesellschaft« darstelle. In Abschnitten wird dargelegt, dass die Regierung unter Reagan

- die sozialen Leistungen beschneidet und soziale Rechte der Bürger leugnet,
- die Wirtschafts- und Energiepolitik gegen die Armen, Alten, Frauen und Kinder richtet,
- von einer positiven Sorge um die Menschenrechte zu einer selektiven Beschäftigung mit dem Terrorismus übergegangen ist (z. B. Unterstützung repressiver Regierungen in aller Welt, von Südafrika und negativer Gruppen in Angola).

Im weiteren Text folgt eine Darstellung biblischer Versionen über die USA. In den abschließenden Abschnitten wird informiert, dass der Exekutivausschuss des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA am 20. Februar 1981 seine »grundsätzliche Ablehnung des Staatsvorschlages, die tödlichen Kapazitäten zu vergrößern und die Lebensunterstützung der Bürger zu reduzieren« erklärt hat.

Am 24.8.1981 appellierten britische, nordamerikanische und kanadische Teilnehmer an der Zentrallausschusstagung des ÖRK an die Verantwortung der Atomwaffenstaaten, »einen weltweiten Völkermord zu verhindern«. In einer Erklärung mahnen die Unterzeichner: »Der Feuersturm Dresden ... ist eine Warnung vor dem Gericht, das die ganze Welt bedroht«.

Sie erinnern an die Bombardierung Dresdens am 13. und 14.2.1945. Die Erklärung trägt die Unterschriften von 51 Personen. Eine gesonderte Erklärung wurde »zu den Überfällen auf Barackenviertel seitens der südafrikanischen Regierung« (Dokument 2.2.2.) vorgelegt. Darin informiert der Zentrallausschuss des ÖRK über neue Beispiele der menschenfeindlichen Apartheidpolitik der Regierung von Südafrika in den Monaten Juli und August 1981.¹⁵ Der Zentrallausschuss des ÖRK bekräftigte in dieser Erklärung seine Solidarität mit den Opfern der Apartheidpolitik in Südafrika und erneuerte seinen Aufruf an alle Christen der Mitgliedskirchen des ÖRK, »in solidarischer Gemeinschaft mit all jenen, die innerhalb und außerhalb des Landes für ein gerechtes Südafrika kämpfen, ihren Widerstand gegen die Apartheid zu verstärken.« Die Erklärung wurde einstimmig angenommen.

Am 23.8.1981 besuchten 176 Mitglieder des Zentrallausschusses des ÖRK und Gäste in 94 Kirchengemeinden der Evangelischen Landeskirche Sachsen/Dresden Gottesdienste. Sie berichteten dabei über die Aktivitäten der Kirchen in ihren Ländern. Von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder des Zentrallausschusses wurde bei den Gottesdiensten hervorgehoben, dass es in der gegenwärtigen politischen Situation notwendig ist, dass die Kirchen sich im Friedenskampf engagieren, sich für Abrüstung und Verständigung einsetzen und die Neutronenwaffe verurteilen. Vielfach wurde bei den Gottesdiensten über das Elend und die soziale Notlage der Christen in den Ländern berichtet, die vom Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt werden. In diesem Zusammenhang wurden Vergleiche angestellt und hervorgehoben, dass die Christen und Kirchen in der DDR eine gesicherte Existenzgrundlage haben. Es wurde mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass die Kirchen in der DDR ihrem Staat und ihrer Regierung danken müssen für dieses großzügige Entgegenkommen. Die Ausführungen der Besucher in den Gottesdiensten hinterließen auf die anwesenden Gottesdienstteilnehmer aus der DDR einen nachhaltigen Eindruck.

Während der Tagung des Zentrallausschusses des ÖRK fanden in Dresden in mehreren kirchlichen Objekten Veranstaltungen und Diskussionsabende zu aktuellen politischen Fragen und theologischen Problemen statt. Dazu wurden prominente Vertreter des ÖRK sowie aus anderen Bereichen eingeladen. Einen Schwerpunkt bildete dabei das »ökumenische Café« im Gemeindehaus der Evangelischen Reformierten Gemeinde.

(In diesem »Café« haben ca. 800 Personen an insgesamt sechs Veranstaltungen teilgenommen.) Im Mittelpunkt standen Probleme der Sicherung des Friedens, Abrüstungsfragen, der Kampf gegen die Neutronenwaffe und gegen Apartheid. Zu einem Höhepunkt gestaltete sich das Auftreten von Prof. *Fuchs* (Atomwissenschaftler/DDR)¹⁶ und des ehemaligen NATO-Generals von *Meyenfeld/Niederlande*¹⁷.

Ein weiterer Höhepunkt im »ökumenischen Café« war eine Veranstaltung unter dem Thema: »Vorstellung der Russisch-Orthodoxen Kirche und des Aufrufs zu einer Konferenz Christlicher Friedenskräfte im Jahre 1982«. Große Resonanz fand ein Vortrag des Erzbischofs Kyrill (UdSSR),¹⁸ der über den Aufruf von Patriarch Pimen (UdSSR),¹⁹ eine Weltkonferenz Christlicher Friedenskräfte 1982 in Moskau durchzuführen, informierte.

Im Verlaufe der Zentralaussschusstagung fanden mehrere bilaterale Treffen zwischen Vertretern von Mitgliedskirchen des ÖRK aus verschiedenen Ländern statt. Bei einer Begegnung zwischen den Vertretern aus den sozialistischen Ländern wurden Fragen zu einer für 1982 geplanten »Regionalen Konferenz über Glaube, Wissenschaft und Zukunft« in Osteuropa erörtert. Diese Konferenz soll im Mai oder Juli 1982 in der DDR oder UVR durchgeführt werden. Daran sollen sich Vertreter der Kirchen aus der UdSSR, DDR, ČSSR und VR Polen beteiligen. Konkreter Ort und Termin für diese Konferenz wurden noch nicht festgelegt.

Der ÖRK hatte zur Zentralaussschusstagung in Dresden ein Pressezentrum eingerichtet und insgesamt sieben Pressekonferenzen durchgeführt. Von der Abteilung Kommunikation und Pressearbeit des ÖRK wurden täglich offizielle Pressemitteilungen des ÖRK für die anwesenden Journalisten herausgegeben. Die Pressemitteilungen des ÖRK über die Tagung des Zentralaussschusses waren korrekt und sachlich. Sie enthalten keine Angriffe gegen die DDR oder die anderen sozialistischen Länder. Das Verhältnis Staat – Kirche in der DDR wird realistisch wiedergegeben. Dabei wird die gute Unterstützung durch den Staat als auch der Kirchen in der DDR für die Tagung des Zentralaussschusses hervorgehoben. (Alle Pressemitteilungen des ÖRK liegen im Wortlaut vor).

Die von den Journalisten aus der BRD (*Karutz*, »Die Welt«, *Pleitgen*, »ARD«, und *Edel*, »ZDF«) erfolgten provozierenden Fragestellungen, ihre entstellten und verfälschten Berichterstattungen wurden von den Vertretern des ÖRK, die an den Pressekonferenzen teilgenommen haben, missbilligt und entschieden zurückgewiesen. Es wurde von ihnen mehrfach betont, dass der ÖRK an einer sachlichen und objektiven Berichterstattung über den Verlauf der Zentralaussschusstagung und der von ihr beschlossenen Dokumente interessiert sei.

Höhepunkt auf der Zentralaussschusstagung war die am 17.8.1981 vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen Gysi, verlesene Grußbotschaft des Generalsekretärs der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker,²⁰ die von den Mitgliedern des Zentralaussschusses mit großer Aufmerksamkeit und Beifall entgegengenommen wurde. Positiven Einfluss auf die Zentralaussschusstagung hatte auch der Empfang des Staatssekretärs für Kirchenfragen am 16.8.1981 für die Mitglieder des Exekutivkomitees des ÖRK, Mitarbeiter des Genfer Stabes sowie zwölf Vertreter der Kirchen aus der DDR, die ebenfalls am Empfang teilnahmen.

Am 21.8.1981 und 23.8.1981 fanden Richtfeste für kirchliche Neubauten (in Dresden-Prohlis²¹/Gemeindezentrum und Dresden Zionskirche²²) statt. Daran nahmen Vertreter des ÖRK, kirchliche Amtsträger aus der DDR sowie leitende Mitarbeiter des Rates der Stadt Dresden teil. Dabei wurde die großzügige Unterstützung durch den Staat bei Kirchenneubauten gewürdigt.

Der Besuch der Dresdener Gemäldegalerie durch alle Mitglieder des Zentralaussschusses sowie ein organisierter Ausflug mit einem Motorschiff auf der Elbe nach Bad Schandau fanden die Anerkennung aller Teilnehmer.

Edward W. Scott (Vorsitzender des Zentralaussschusses) und Dr. Philip Potter (Generalsekretär des ÖRK) übermittelten im Namen der Mitglieder des Zentralaussschusses an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, ein Dankschreiben.²³

Im Ergebnis der Durchführung der Zentralaussschusstagung sowie der zuvor erfolgten Tagung des Exekutivkomitees ist festzustellen, dass die vorgegebene politische Zielstellung und Einflussnahme auf den Verlauf und die inhaltliche Aussage der beschlossenen Dokumente zu den Grundfragen um die Erhaltung und Sicherung des Friedens, gegen die USA-Strategie der atomaren Rüstung, gegen die Produktion der Neutronenwaffe, erreicht wurde. In den beschlossenen Dokumenten (die dem MfS vorliegen) wurden des Weiteren Aussagen gegen Rassismus und Apartheid sowie Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes getroffen. Angriffe gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder (besonders Afghanistan und VR Polen) gab es nicht.

Hervorgehoben werden muss, dass die inhaltliche Gestaltung der Dokumente und Papiere der Zentralaussschusstagung wesentlich durch das offensive Auftreten der kirchlichen Vertreter aus den sozialistischen Staaten sowie durch ihr untereinander abgestimmtes Vorgehen beeinflusst wurde. Die von negativen Kräften der evangelischen Kirchen in der DDR geplanten Aktivitäten, das sogenannte Soziale-Friedensdienstpapier (SoFd)²⁴ in die Zentralaussschusstagung einzubringen und zum Gegenstand der Diskussion und Popularisierung zu machen, konnten durch rechtzeitiges Reagieren und durch staatlicherseits gesteuerte innerkirchliche Einflussnahme vorbeugend verhindert und für die Zentralaussschusstagung sowie Randveranstaltungen gegenstandslos gemacht werden.

Während des Verlaufs der Zentralaussschusstagung und der von dem ÖRK erfolgten Aussagen wurde die DDR international gewürdigt. Besonders hervorgehoben wurde dabei das Eintreten der DDR für Frieden, Abrüstung und Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes sowie die Ergebnisse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Den über 500 Teilnehmern der Tagung wurde die erfolgreiche Entwicklung der DDR, die soziale Sicherheit und der Wohlstand ihrer Bürger, die Entwicklung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Staat und Kirche sowie die Freiheit der Religionsausübung in der Tat nahegebracht. Die in Dresden durch die staatlichen Organe garantierten Arbeitsbedingungen für den Zentralaussschuss sowie eine gute Organisation hinterließen bei den Tagungsteilnehmern und Gästen einen positiven Eindruck. Es wurde mehrfach von leitenden Mitarbeitern des ÖRK sowie Mitgliedern des Zentralaussschusses zum Ausdruck gebracht, dass alle Erwartungen übertroffen wurden. Im Zusammenhang mit der Entwicklung vertrauensvoller Beziehungen von Staat und Kirche übte die Zentralaussschusstagung in Dresden einen günstigen Einfluss auf die leitenden Bischöfe der evangelischen Kirchen in der DDR, auf kirchliche Amtsträger und Kirchengemeinden aus.

Durch das Auftreten von Mitgliedern des Zentralaussschusses, vor allem aus Lateinamerika und Afrika, in evangelischen Kirchengemeinden im Bezirk Dresden und anderen Bezirken wurden viele kirchliche Amtsträger und Christen aus der DDR mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in diesen Ländern vertraut gemacht.

Von den genannten Mitgliedern des Zentrallausschusses wurde ihnen anschaulich nahegebracht, wie menschenunwürdig, sozial erniedrigend und katastrophal die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesen Ländern sind. Kirchliche Amtsträger in mittleren Funktionen sowie Bischöfe der DDR bekannten sich in ihren Äußerungen öffentlich zu einem geregelten Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR. Bischof *Schönherr* hob z. B. in einem Gottesdienst in Dresden hervor, wir müssten Gott danken, dass wir hier in der DDR leben können.

Mit der Tagung des Zentrallausschusses konnte das Verhältnis Staat – Kirche weiter entwickelt, gefestigt und der Differenzierungsprozess erneut vorangebracht werden.

Politisch-negative Angriffe in Dresden gingen von Journalisten aus kapitalistischen Ländern, besonders von der BRD, aus. Sie versuchten durch eine tendenziöse und verfälschte Berichterstattung das sich gut entwickelnde Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR und den positiven Eindruck, den der Weltkirchenrat von der DDR gewonnen hat, zu belasten.

Vereinzelte Personen unter den Tagungsteilnehmern (*Preuss/USA, Oestreicher*²⁵/Großbritannien u. a.), die versucht hatten, politisch-negativ wirksam zu werden, wurden weitgehend durch das offensive Auftreten von Mitgliedern des Zentrallausschusses isoliert und fanden keinerlei Basis.

Anlage zur Information Nr. 447/81

Erste Reaktionen in kirchlichen Kreisen auf das Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Honecker, am 28.8.1981 mit leitenden Vertretern des ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und Bischöfen der Evangelischen Kirchen in der DDR

Erzbischof Dr. *Scott* (Vorsitzender des Zentrallausschusses des ÖRK), Dr. *Potter* (Generalsekretär des ÖRK) sowie Dr. *Raiser*²⁶ (Stellv. Generalsekretär des ÖRK) werteten die Einladung zu einem Gespräch beim Staatsratsvorsitzenden ²⁷ als »eine große Würdigung der Aktivität der Zentrallausschusses und der Leitung des ÖRK für Frieden und antiimperialistischen Kampf«, wie sie in den Dokumenten zur Zentrallausschusstagung verankert sind.

Beeindruckend sei für sie gewesen, mit welcher Aufgeschlossenheit vonseiten der Regierung der DDR die Begegnung verlaufen sei. Man rechne damit, dass sich die Kontakte zwischen dem ÖRK und führenden Persönlichkeiten der Regierung der DDR in gemeinsamen Interessen vertiefen würden und bei diesem Gespräch dafür der Grundstein gelegt wurde.

Besonders hoch geschätzt wurde von ihnen die Tatsache, dass diese Begegnung in allen Massenmedien der DDR im breiten Umfang populärisiert wurde und auch das Zentralorgan der SED »Neues Deutschland« auf dem Titelblatt an 1. Stelle darüber berichtete. ²⁸

Potter brachte des Weiteren zum Ausdruck, dass er im Ergebnis der Zentrallausschusstagung und der geführten Gespräche mit den staatlichen Repräsentanten der DDR mit verstärkten massiven Angriffen westlicherseits gegen den ÖRK rechnet.

Unter einer Vielzahl der Angestellten des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR fand das Gespräch zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und *Potter* große Beachtung. Überwiegend wurde dieses Gespräch als ein »Zeichen staatlichen Bemühens« gewertet, am Kurs vom 6.3.1978 festzuhalten. ²⁹

Dr. *Demke*,³⁰ amtierender Leiter des Sekretariats des BEK brachte zum Ausdruck, dass die Durchführung einer ÖRK-Zentrallausschusstagung in der DDR sowie ein Gespräch zwischen dessen Generalsekretär und Erich Honecker vor 1978 kaum möglich gewesen wäre.

Oberkirchenrätin *Lewek*³¹ erklärte, dass *Potter* in seinen Dankesworten an Erich Honecker die Meinung der Mehrheit der Tagungsteilnehmer zum Ausdruck gebracht hätte.

Unter leitenden Mitarbeitern des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirchen in der DDR fand das Treffen zwischen Genossen Honecker und führenden Mitgliedern des ÖRK sowie den Bischöfen *Schönherr*,³² *Hempel*³³ und *Natho*³⁴ große Beachtung.

Der Direktor des Diakonischen Werkes OKR *Petzold*,³⁵ Berlin, brachte gegenüber den Mitarbeitern der Geschäftsstelle des Diakonischen Werkes zum Ausdruck, dass dieses Treffen allen Christen der DDR gezeigt habe, dass der Kurs vom 6.3.1978 kontinuierlich fortgesetzt werde. Beeindruckt waren zahlreiche kirchliche Mitarbeiter von der herzlichen Atmosphäre während dieser Zusammenkunft.

Auf die Feststellung einer Mitarbeiterin, dass man weder im ARD noch im ZDF etwas hierzu gebracht habe, entgegnete OKR *Petzold*, »die bringen nur das, was das Verhältnis Staat – Kirche verschärfen soll«.

1

Die Evangelisch-Lutherische Diakonissenanstalt Dresden ist eine der ältesten derartigen Einrichtungen in Deutschland. Sie wurde Mitte des 19. Jahrhunderts in der Dresdener Neustadt gegründet und ist seit 1965 Mitglied der Nagelkreuzgemeinschaft zur Förderung der Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg.

2

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), auch als Weltkirchenrat (engl. World Council of Churches – WCC) bekannt, wurde am 23.8.1948 in Amsterdam gegründet und gilt seitdem als zentrales Organ der ökumenischen Bewegung. Er ist ein weltweiter Zusammenschluss von etwa 350 Mitgliedskirchen in mehr als 120 Ländern auf allen Kontinenten.

3

Philip Alford Potter, Jg. 1921, Theologe, Pfarrer, 1967 Ökumenischer Rat der Kirchen in Genf, 1972–1984 Generalsekretär des ÖRK.

4

Johannes Hempel, Jg. 1929, 1971–94 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens, 1982–86 Vorsitzender des BEK, 1983–86 Leitender Bischof der VELKD.

5

Sachsens Landesbischof Hempel bezeichnete die ÖRK-Tagung in Dresden als das »Jahrhundertereignis für die Kirchen in der DDR«. Vgl. PDS-Archiv Dresden IV E-2.14–673. Am 17.8.1981 berichtete das ND über einen Empfang für den Exekutivausschuss des Weltkirchenrates beim Staatssekretär für Kirchenfragen Gysi und den Beginn der Tagung des Zentralkomitees des ÖRK. Siehe ND v. 17.8.1981. Vgl. die Berichterstattung in: Neue Zeit v. 18.–20.8.1981.

6

Edward Scott, Jg. 1919, 1966 anglikanischer Bischof von Kootenay (Kanada), 1971–86 Primas der Anglikanischen Kirche Kanadas, 1975–83 Moderator des Zentralkomitees des Weltkirchenrates.

7

Am 24.3.1980 wurde der Erzbischof von San Salvador, Óscar Romero, von Militärs während eines Gottesdienstes erschossen, was den schwelenden Bürgerkrieg in El Salvador zum offenen Ausbruch brachte, in dessen Verlauf bis 1991 ca. 70 000 Menschen starben.

8

Nach neueren historischen Untersuchungen starben bei den Bombardements der Stadt Dresden durch die britische und amerikanische Air Force vom 13. bis 15.2.1945 entgegen früheren, höheren Annahmen zwischen 22 700 und 25 000 Menschen. Vgl. Abschlussbericht der Historikerkommission zu den Luftangriffen auf Dresden zwischen dem 13. und 15. Februar 1945, 17.3.2010, http://www.dresden.de/media/pdf/infoblaetter/Historikerkommission_Dresden1945_Abschlussbericht_V1_14a.pdf (Abruf: 18.2.2015).

9

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) war der im Juni 1969 gegründete Zusammenschluss der acht auf dem Gebiet der DDR existierenden evangelischen Landeskirchen.

10

Die Leipziger Spielgemeinde versorgte hauptsächlich die sächsischen Gemeinden mit Theateraufführungen zu vornehmlich christlichen Themen.

11

Am 21.6.1971 hatte der Internationale Gerichtshof in Den Haag die trotz der am 27.10.1966 mit Resolution Nr. 2145 der UNO-Vollversammlung erfolgten Aufhebung des 1920 vom Völkerbund an Südafrika erteilten Treuhand-Mandates über Südwestafrika durch die Vereinten Nationen (Resolution des UNO-Sicherheitsrates 276) noch immer ausgeübte Verwaltung durch die Apartheidregierung in Pretoria für illegal erklärt. Vgl. <http://www.icj-cij.org/docket/files/53/11473.pdf> (Abruf: 18.2.1981).

12

Am 29.9.1978 rief der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Resolution 435 erneut zum Rückzug der illegalen Verwaltung Südafrikas in Namibia auf. Die Resolution wurde auf der 2087. Sitzung des Sicherheitsrats mit 12 Stimmen ohne Gegenstimme verabschiedet (ČSSR und UdSSR waren abwesend).

13

Die Arbeit des KSZE-Folgetreffens in Madrid (1980–83) war durch den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan (1979), die Behinderung der Arbeit von Journalisten und die Verhängung des Kriegsrechtes in Polen (1981) sowie das Scheitern der INF-Verhandlungen überschattet. Das Treffen brachte keine nennenswerten Verbesserungen der Ost-West-Beziehungen.

14

Die Tagung des Zentralkomitees des Ökumenischen Rates der Kirchen fand vom 1. bis 11.1.1979 in Kingston statt.

15

Im Sommer 1981 fanden zahlreiche Verhaftungen nach den Sicherheitsgesetzen des Apartheidregimes statt. Nach diesen konnten missliebige Personen ohne Gerichtsentscheidung bis zu einem Jahr in Haft gehalten werden. Im Juli fanden Streiks von nahezu 10 000 Bergarbeitern statt. Auch gegen Kirchenvertreter (darunter Bischof Desmond Tutu) ging die Regierung in Pretoria vor. Zugleich erweiterten die SADF ihren Krieg gegen die SWAPO zu einer regulären Invasion in Angola und attackierten südafrikanische Kommandoeinheiten Vertretungen des ANC in Simbabwe und Sambia.

16

Klaus Fuchs, Jg. 1911, Physiker, nahm im britischen Exil zunächst am britischen Atombombenprogramm und später am US-Atombombenprogramm teil. Seit 1941 arbeitete er für den sowjetischen militärischen Geheimdienst GRU. 1950 wurde er als Agent in Großbritannien enttarnt und verhaftet. 1959 begnadigt und in die DDR abgeschoben. 1959–74 stellv. Direktor des Zentralinstituts für Kernforschung in Rossendorf bei Dresden. Seit 1967 Mitglied des ZK der SED. Sein Vater Emil Fuchs war Theologe und Theoretiker der Religiösen Sozialisten.

17

Michael Hermann (Chiel) von Meijenfeldt, Jg. 1923, niederländischer Militär, der sich in der westeuropäischen Friedensbewegung engagierte. Der »Rote General« war ein erklärter Gegner der atomaren Rüstung und ein überzeugter Christ. Er gehörte zu einer Vereinigung von mehreren NATO-Generälen (Generale für den Frieden), die bei ihren Aktivitäten über einen IM der HV A finanziell unterstützt und zumindest zum Teil auch gelenkt wurden. Vgl. de Graaf, Beatrice: Über die Mauer. Die DDR, die niederländischen Kirchen und die Friedensbewegung. Münster 2007, S. 135–138.

18

Patriarch Kirill I. (Wladimir Michailowitsch Gundjajew), Jg. 1946, russisch-orthodoxer Priester, 1974–84 Rektor des Priesterseminars von Leningrad und der Theologischen Akademie, 1976 Bischof von Wyborg, seit 2009 als 16. Patriarch von Moskau Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche.

19

Patriarch Pimen I. (Sergej Michajlowitsch Iswekow), Jg. 1910, 1971–90 als 14. Patriarch von Moskau Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche.

20

Aktiv für den Frieden und gegen den Rassismus. In: ND v. 17.8.1981.

21

Im Stadtteil Prohlis entstand ein bedeutendes Neubaugebiet im Süden Dresdens.

22

Für den Neubau der Zionskirche wurde am 5.6.1981 der Grundstein gelegt. Sie ersetzte die im Zweiten Weltkrieg bis auf die Grundmauern niedergebrannte, am Anfang des 20. Jahrhunderts erbaute Zionskirche in der Dresdener Südvorstadt.

23

Vgl. Ausschuß des Weltrates der Kirchen an Erich Honecker. In: ND v. 28.8.1981.

24

Christoph Wonneberger hatte 1980 mit den Mitgliedern seines Friedenskreises einen Aufruf zur Einführung des »Sozialen Friedensdienstes« verfasst, der die Einführung eines tatsächlich zivilen Ersatzdienstes für Wehrdienstverweigerer anstelle des waffenlosen Militärdienstes der Bausoldaten einforderte. Vgl. Schwab, Uwe (Hg.): Pfarrer Christoph Wonneberger. Berlin 2014, S. 79–81; Silomon, Anke: Schwerter zu Pflugscharen und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980–1982. Göttingen 1999. Zu den Inhalten des Friedensdienstpapiers vgl. Information [346/81](#), Anlage 1, und Information [551/81](#), Anlage 1.

25

Paul Oestreicher, Jg. 1931, anglikanischer Pfarrer, 1975–79 Vorsitzender der britischen Sektion von Amnesty International, 1981–85 Leiter des Außenamtes des Britischen Kirchenrates, 1985–97 Domkapitular und Leiter des Internationalen Versöhnungszentrums der Kathedrale von Coventry, 1988 Gastgeber für die aus der DDR zeitweise vertriebenen Oppositionellen Bärbel Bohley, Werner Fischer und Vera Wollenberger.

26

Konrad Raiser, Jg. 1938, Theologe, 1969 Mitarbeiter ÖRK in Genf, 1973 stellvertretender Generalsekretär des ÖRK, 1983 Direktor des Ökumenischen Instituts an der theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum, 1993–2004 Generalsekretär ÖRK.

27

Vgl. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Berlin, Frankfurt/M. 1995, S. 415 f.

28

Die Spitzenmeldung des ND v. 29./30.8.1981 war »Erich Honecker empfing Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen«.

29

Am 6.3.1978 hatte ein Gespräch des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR und dem Staatsratsvorsitzenden Honecker stattgefunden, in dem das weitere Verhältnis von Kirche und Staat erörtert wurde. Zum Inhalt dieser Zusammenkunft siehe Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Berlin, Frankfurt/M. 1995, S. 243–246.

30

Christoph Demke, Jg. 1935, 1981–83 Leiter der Theologischen Kommission im Sekretariat des BEK, 1983–97 Bischof von Magdeburg und Leiter der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

31

Christa Lewek, Jg. 1927, 1969–88 Oberkirchenrätin und stellv. Leiterin des Sekretariats des BEK, dort Referentin für »Kirche und Gesellschaft« sowie seit 1979 Präsidentin des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlussakte von Helsinki.

32

Albrecht Schönherr, Jg. 1911, evangelischer Pfarrer, 1963 Superintendent des Sprengels Eberswalde, 1967–72, nach Einreiseverweigerung für Bischof Scharf durch die DDR-Behörden, Verwalter des Bischofsamtes Ostberlin und Brandenburg, 1969–81 Vorsitzender des BEK, 1972–81 Bischof der Region Ost der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

33

Johannes Hempel, Jg. 1929, 1971–94 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens, 1982–86 Vorsitzender des BEK, 1983–86 Leitender Bischof der VELKD.

34

Eberhard Natho, Jg. 1932, evangelischer Pfarrer, 1970–94 Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts, 1979–82 Vorsitzender des Rates der EKU.

35

Ernst Petzold, Jg. 1930, evangelischer Pfarrer, 1976–90 Direktor des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv. Alle Rechte vorbehalten.